



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel 13.10.2023
C(2023) 7036 endgültig

Herr Péter Szijjártó
Minister für auswärtige Angelegenheiten
und Handel
Ministerium für auswärtige Angelegenheiten
und Handel
Bem rakpart 47.
HU – 1027 Budapest

Betreff: Notifizierung 2023/482/HU

Entwurf eines Dekrets über Maßnahmen zur Verhinderung der Erzeugung biologisch abbaubarer Abfälle, die detaillierten Vorschriften für die Abfallbewirtschaftung im Zusammenhang mit biologisch abbaubaren Abfällen und die Vorschriften für die Einstufung von Kompost aus Bioabfällen

Abgabe von Bemerkungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535

Sehr geehrter Herr,

im Rahmen des Notifizierungsverfahrens gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 ⁽¹⁾ notifizierten die ungarischen Behörden der Kommission am 2. August 2023 den Entwurf eines „Dekrets über Maßnahmen zur Verhinderung der Erzeugung biologisch abbaubarer Abfälle, die detaillierten Vorschriften für die Abfallbewirtschaftung im Zusammenhang mit biologisch abbaubaren Abfällen und die Vorschriften für die Einstufung von Kompost aus Bioabfällen“ unter dem Aktenzeichen 2023/482/HU (im Folgenden „notifizierter Entwurf“).

Laut der Notifizierungsmitteilung enthält der notifizierte Entwurf detaillierte Vorschriften für Maßnahmen zur Verhinderung der Erzeugung biologisch abbaubarer Abfälle, für die Abfallbewirtschaftung im Zusammenhang mit biologisch abbaubaren Abfällen und für die Einstufung von Kompost aus Bioabfällen. Es regelt insbesondere die Bestimmungen über die Sammlung biologisch abbaubarer Abfälle, die getrennte

¹ Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1)

Sammlung von Grünabfällen, die Kompostierung vor Ort, die Stabilisierung und die Biogasproduktion.

Die Prüfung des notifizierten Entwurfs hat die Kommission dazu veranlasst, folgende Bemerkungen vorzubringen.

Der notifizierte Entwurf definiert „Lebensmittelabfälle“ in § 2 [„Abschnitt 2“] Absatz 8 wie folgt: *„Lebensmittelabfälle im Sinne von Anhang 1 der Verordnung (EU) Nr. 142/2011 der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte sowie zur Durchführung der Richtlinie 97/78/EG des Rates hinsichtlich bestimmter gemäß der genannten Richtlinie von Veterinärkontrollen an der Grenze befreiter Proben und Waren, und Lebensmittel im Sinne von Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit – die zu Abfällen geworden sind“.*

Dazu ist zu sagen, dass die Verordnung (EU) Nr. 142/2011 der Kommission vom 25. Februar 2011 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte ⁽²⁾ keine Definition von Lebensmittelabfällen in Anhang I enthält; die Kommissionsdienststellen gehen jedoch davon aus, dass sich der notifizierte Entwurf auf „Küchen- und Speiseabfälle“ im Sinne von Anhang I Nummer 22 der genannten Verordnung beziehen kann.

Die ungarischen Behörden werden daher aufgefordert, den Verweis auf die Definition von Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 142/2011 in § 2 Absatz 8 des Entwurfs zu prüfen und, falls er auf „Küchen- und Speiseabfälle“ im Sinne von Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 142/2011 Bezug nehmen soll, den Wortlaut dieser Bestimmung entsprechend umzuformulieren.

Die Kommission bittet die ungarischen Behörden, die oben genannten Bemerkungen zu berücksichtigen.

Die Kommission erinnert die ungarischen Behörden außerdem daran, dass sie der Kommission gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2015/1535 den endgültigen Wortlaut nach dessen Annahme mitzuteilen haben.

² Verordnung (EU) Nr. 142/2011 der Kommission vom 25. Februar 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte sowie zur Durchführung der Richtlinie 97/78/EG des Rates hinsichtlich bestimmter gemäß der genannten Richtlinie von Veterinärkontrollen an der Grenze befreiter Proben und Waren, ABl. L 054 vom 26.2.2011, S. 1.

Hochachtungsvoll

Für die Kommission

Kerstin Jorna
Generaldirektorin

Generaldirektion Binnenmarkt,
Industrie, Unternehmertum und
KMU